



Luzern, 27. August 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Jahresmedienkonferenz Schweizerischer Städteverband

27. August 2009, 9.20 Uhr, Verkehrshaus der Schweiz

Auf dem Weg zu einem «urbanen Mainstreaming»

Dr. Marcel Guignard, Präsident Schweizerischer Städteverband, Stadtammann Aarau

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zu dieser Medienkonferenz und danke Ihnen für Ihr Interesse am Städteverband und den Anliegen der urbanen Schweiz.

Vor gut zwei Jahren ging die Meldung um den Globus, dass die Welt nun mehrheitlich städtisch geprägt sei. Gemäss Schätzungen leben seit Ende Mai 2007 weltweit mehr Menschen in städtischen Räumen als in ländlichen Gebieten. In der Schweiz, wie in anderen europäischen Ländern auch, wurde diese Grenze schon vor Jahren überschritten. Heute leben fast drei Viertel der Bevölkerung in urbanen Gebieten. Im städtischen Raum wird rund 84 % der Wirtschaftsleistung erbracht. Die Schweiz ist ein Stadt-Land – ein Befund, der in der öffentlichen Wahrnehmung noch kein Allgemeinplatz ist. Entsprechend haben die Städte in der Bundespolitik oft einen schweren Stand. Zu Unrecht, wie wir meinen. Denn die Städte sind die Motoren unserer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Die Städte stärken, heisst die Schweiz stärken.

Dazu mehr umgehend. Doch zunächst möchte ich Ihnen meinen Mitreferenten und meine Mitreferentin sowie den Ablauf der heutigen Pressekonferenz vorstellen. Zu meiner Linken begrüsse ich den Gastgeber des diesjährigen Städtetages, Urs W. Studer, Stadtpräsident von Luzern. Er wird uns in seinen Ausführungen mit dem Thema des Städtetages „Wem gehört der öffentliche Raum? Nutzungen zwischen Anspruch und Verantwortung“ bekannt machen. Dies natürlich auch besonders aus der Perspektive seiner Stadt. Zu meiner Rechten darf ich Ihnen Renate Amstutz, die Direktorin des Städteverbandes, vorstellen. Sie wird sich zum tripartiten Ansatz in der Politik äussern. Doch erlauben Sie mir vorweg einige grundsätzliche Bemerkungen zum Schweizerischen Städteverband im Sommer 2009.

Die Bedeutung der Städte wird zunehmend anerkannt. Gerade im vergangenen Jahr wurden einige wichtige Erfolge erzielt. Der Infrastrukturfonds gehört dazu. Allerdings stehen wir hier vor der grossen Sorge, dass die Aufgabenüberprüfung des Bundes auf den Verkehr gerade in den Agglomerationen, welche in unserem Land mit den grössten Verkehrsproblemen zu kämpfen haben, massive Auswirkungen haben wird. Der Bund geht von weiterhin nominell nur 2 Prozent Wachstum aus. Das wird künftig nicht einmal mehr für die Substanzerhaltung reichen!



Auch aus der Agglomerationspolitik gibt es durchaus positive Meldungen. Dank den Agglomerationsprogrammen und den Modellvorhaben des Bundes ist hier eine erfreulich dynamische Entwicklung in Gang gekommen. Der Auftrag des Parlaments, die Agglomerationspolitik gesetzlich zu verankern, ist für uns ein grosser Erfolg und ein erster, wichtiger Schritt in Richtung einer aktiven Agglomerationspolitik. Den nächsten hätte das neue Raumentwicklungsgesetz tun sollen. Wir haben Verständnis, dass nach der kontroversen Vernehmlassung vorweg eine Teilrevision ausschliesslich Antworten auf die Landschaftsinitiative sucht. Aber die Tatsache, dass die Städte erst nach Protesten in diese Arbeiten überhaupt einbezogen wurden, zeigt, dass der Weg zur konsequenten und flächendeckenden Anerkennung der städtischen Interessen noch weit ist.

Der Städteverband will diesen Weg jedoch gehen. Die Städte brauchen eine wirkungsvollere und umfassendere Interessenvertretung in Politik, Medien und Öffentlichkeit, um ihre Rolle als Motoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auch in Zukunft spielen zu können. Denken Sie nur schon daran, dass in den 13 grössten Städten gleich viele Menschen leben, wie in den 14 kleinsten Kantonen, nämlich 1,39 Mio. Allerdings stellen diese Kantone genau die Hälfte der Ständeräte!

Unser Verband will die Interessen der urbanen Räume bündeln und in der Lage sein, sie wirkungsvoll in allen Politikfeldern, welche die Städte betreffen zu vertreten. Und das sind letztlich fast alle!

Ein solches Politikfeld ist beispielsweise die Telekommunikation. Die Dynamik um die Erschliessung von Privathaushalten und KMUs durch Glasfaserleitungen der letzten Monate zeugen davon. Da sich zahlreiche Mitgliedstädte mit Glasfaser-Fragen konfrontiert sehen, hat der Städteverband im Frühjahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt und beschäftigt sich zurzeit intensiv mit dem Thema. Bereits klar ist, dass die Städte volkswirtschaftlich unsinnigen Parallelinfrastrukturen ablehnen und fordern, dass in ihren Strassen nicht unkontrolliert und unkoordiniert gegraben wird. Allerdings wird genau dies durch das geltende Recht erlaubt! Der Städteverband prüft deshalb, wie sich die gemeinsamen Anliegen der Städte im Bereich Glasfaser am sinnvollsten bündeln lassen.

Dies ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie wichtig es letztlich im Interesse der Öffentlichkeit, unserer Bürgerinnen und Bürger ist, dass die Städte die Möglichkeit haben, ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre unmittelbar Betroffenheit direkt einzubringen. Bundespolitik muss MIT den Städten geschehen.

Es reicht bei weitem nicht aus, wenn der Bund auf die besondere Situation der Städte und Agglomerationen «Rücksicht» nimmt, wie es in Art. 50 der Bundesverfassung heisst. Dies obwohl bereits die Existenz dieses Verfassungsartikels einen Erfolg darstellt. Wir müssen vielmehr das Bewusstsein bei Bund und Kantonen verankern, dass jede Regelung, jedes Gesetz und jede Verordnung auf ihre Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden hin hinterfragt werden muss. Damit fordern wir ein eigentliches «urbanes Mainstreaming». Das heisst auch, dass die Agglomerationspolitik noch viel mehr als bisher zur Querschnittspolitik werden muss, die auf andere Politikbereiche Einfluss nimmt. Dafür setzen wir uns ein. Dahin soll die Reise gehen.